

#gerecht ist

+++ Sonderausgabe zur Bundestagswahl! +++ Sonderausgabe zur Bundestagswahl! +++ Sonderausgabe zur Bundestagswahl! +++ Sonderausgabe zur Bundestagswahl! +++ Sonderausgabe zur Bundestagswahl! +++

Morgenrot

Verbandsmagazin der Jusos Bremen

Interview mit Direktkandidatin
Sarah Ryglewski

Themen aus dem
Wahlprogramm unter der Lupe

Rätselseite mit Gewinnspiel



JUSOS

Land Bremen

Inhalt dieser Ausgabe

Über uns Jusos	Seite 2	Nachhaltigkeit	Seite 11
Grußwort des Landesvorsitzenden David Ittekkot	Seite 3	2016 und 2017 mit den Jusos Bremen	Seite 12
Interview mit Bundestagskandidatin Sarah Ryglewski	Seite 4	Unsere Bildung ist mehr wert!	Seite 14
Sozialismus & Antifaschismus oder: »Warum die AfD keine Alternative ist«	Seite 6	Gute Ausbildung und gute Arbeit für junge Menschen!	Seite 15
Warum das Recht auf Asyl nicht demokratisch abgeschafft werden kann	Seite 7	Für ein grenzenloses Europa der Solidarität!	Seite 16
Zukunft gibt es nicht für lau!	Seite 8	#gerecht ist: Feminismus	Seite 17
#gerecht ist: Eine offene und tolerante Gesellschaft	Seite 9	Zukunft – digital gedacht	Seite 18
#gerecht ist: Wenn Deine Wohnung mehr Quadratmeter hat als ein Dixiklo!	Seite 10	Rätselseite	Seite 19

Über uns Jusos

Wir Jusos sind die Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD. Das heißt, wir sind einerseits die Jugendorganisation der SPD, sehen uns aber andererseits inhaltlich als eigenständiger Verband. Die Jusos stehen schon immer in einem kritisch-solidarischen Verhältnis zur SPD. Das heißt, wir bringen unsere Inhalte in die SPD ein, unterstützen sie im Wahlkampf und bei Veranstaltungen, kritisieren sie aber auch, wenn das notwendig ist. Viele von uns sind zwar SPD-Mitglieder, man kann aber auch nur Juso-Mitglied sein.

Wir als Jusos setzen uns, wie unser Name schon sagt, für den demokratischen Sozialismus ein. Also für eine Gesellschaftsform, die, anders als der Kapitalismus, nicht auf Ausbeutung und Konkurrenz beruht, sondern auf Zusammenarbeit und Solidarität. Wir wollen, dass demokratisch entschieden wird, was produziert werden soll und nicht von denen, die den dicksten Geldbeutel haben.

Ebenso wollen wir eine Gesellschaft, in der niemand mehr diskriminiert wird – egal, ob wegen des Geschlechts, der Hautfarbe, der sexuellen Orientierung, der Religion oder we-

gen sonst irgendetwas anderem. Deswegen kämpfen wir gegen Rassismus, Sexismus, Homophobie und andere menschenverachtende Ideologien.

Neben klassischen Mitgliederversammlungen, bei denen wir über verschiedene Themen diskutieren, starten wir immer wieder Aktionen, nehmen an Demonstrationen teil oder veranstalten Seminare, bei denen wir uns intensiver mit inhaltlichen Themen beschäftigen.

Natürlich sind wir zur Zeit im Wahlkampfmodus – schließlich wollen wir, dass Martin Schulz Bundeskanzler wird und wir nach der Wahl eine linke Bundesregierung bekommen. Aber natürlich gibt es uns auch noch nach dem 24. September. Wenn Du also Lust hast, bei uns mitzumachen oder zumindest mal reinzuschnuppern, informiere Dich doch gerne weiter über uns bei **jusos-bremen.de** und schreib uns eine Mail an **info@jusos-bremen.de**. Oder kontaktiere uns über die gängigen Social Media-Kanäle! Wir sind sowohl bei Facebook als auch bei Twitter, Instagram und YouTube aktiv. Wir freuen uns darauf, mit Dir in Kontakt zu treten!

Grußwort des Landesvorsitzenden David Ittekkot

Liebe Bremer*innen,
liebe Bremerhavener*innen,

es geht um viel diesen Herbst. Bei der diesjährigen Bundestagswahl geht es eben nicht nur um Dinge, die vermeintlich weit weg in Berlin entschieden werden und uns kaum betreffen. Ganz im Gegenteil: Für uns hat es ganz massive Auswirkungen, wer die Bundesregierung stellt.

Gerade wir in Bremen und Bremerhaven haben in den letzten Jahrzehnten unter einer Politik gelitten, die der »Schwarzen Null« alles unterordnet: Es war völlig egal, ob hier Kitas und Schulen auseinanderfallen oder Freizis und Schwimmbäder geschlossen werden. Arbeitnehmer*innen in sozialen Berufen mussten Überstunde um Überstunde schieben und sich an den Rand des Burnouts ackern – oder darüber hinaus.

Doch nicht nur wir haben die Folgen dieser sogenannten »Austeritätspolitik« zu spüren bekommen: Sie hat dabei geholfen, Europa zu destabilisieren. Gerade in Südeuropa liegt die Wirtschaft am Boden und dringend benötigte Investitionen können nicht getätigt werden, um diese wiederzubeleben.

Lange wurde diese neoliberale Politik als alternativlos bezeichnet und knallhart durchgezogen. Von dieser Alternativlosigkeit haben Parteien wie die AfD profitiert und ihre menschenverachtenden Inhalte unter's Volk gebracht. Sie hetzen gegen alles, was über ihren beschränkten Horizont hinaus geht und bringen das Projekt Europa und die Demokratie an sich immer mehr in Gefahr.

Eines fällt besonders auf: Gerade für uns junge Menschen waren die vergangenen Jahre düster: WIR sind die, die leiden, wenn Bildungs- und Freizeiteinrichtungen kaputtgespart werden. WIR finden entweder keinen Ausbildungsplatz oder ersten Job und wenn doch, dann fast immer nur befristet und oft noch zu schlechter Bezahlung. WIR wollen ein Europa des Friedens, der Solidarität und der Freizügigkeit.

Zugegeben: Wir Jusos waren in der Vergangenheit nicht immer zufrieden mit dem, was



David Ittekkot, Landesvorsitzender der Jusos Bremen

die SPD gemacht hat und mussten meckern, wenn sie mal wieder wie alle anderen einen auf »alternativlos« gemacht haben.

Aber auch klar ist: Wir haben dieses Jahr mit Martin Schulz einen Kanzlerkandidaten, der ganz klar für Europa steht und der die Sorgen junger Menschen versteht. Und wir haben ein Programm, das sich sehen lassen kann: Mit linker Politik für die riesige Mehrheit in diesem Land und ganz besonders für junge Menschen.

Auf den folgenden Seiten wollen wir, die Jusos aus Bremen und Bremerhaven, uns und natürlich das Programm der SPD für die Bundestagswahl vorstellen. Ihr werdet viele gute Vorschläge finden, wie wir endlich wieder zu einem solidarischen Land in einem solidarischen Europa werden können.

Bitte denkt dran: **Am 24. September ist Bundestagswahl.** Wir empfehlen Euch: **Beide Stimmen SPD.** Und warum, das verraten wir Euch jetzt.

Solidarische Grüße

David Ittekkot
Landesvorsitzender der Jusos Bremen

Interview mit Bundestagskandidatin Sarah Ryglewski



Foto: DBT/Stella von Saldern

Sarah Ryglewski ist 34 Jahre alt, Diplom-Politologin und seit 2015 SPD-Bundestagsabgeordnete für Bremen. Die Wahlbremerin kam 2002 zum Studium aus Köln in die Hansestadt.

Morgenrot: Mit welchen fünf Begriffen würdest Du Dich am besten beschreiben?

Sarah: Offen, engagiert, interessiert, nah dran, bremisch.

Morgenrot: Du bist ja jetzt seit zwei Jahren schon Bundestagsabgeordnete – kannst du uns kurz erklären, was du da so gemacht hast?

Sarah: Mein Schwerpunktthema im Finanzausschuss sind vor allem die Verbraucher*innenpolitischen Themen und da habe ich mich dafür eingesetzt, dass gerade die Menschen, die mit kleinen Summen für das Alter vorsorgen oder ein Haus für ihre Familie bauen wollen, eine Lobby haben. Diese Menschen müssen die Möglichkeit haben, ihr Geld vernünftig anzulegen, gut informiert werden und sie dürfen nicht über den Tisch gezogen werden. Dafür setze ich mich ein.

Wichtig war auch das Girokonto für Alle. Jede*r in Deutschland hat jetzt die Möglichkeit

ein Girokonto zu eröffnen und kann nicht mehr abgelehnt werden. Das hat mich persönlich sehr gefreut, weil wir damit das Leben vieler Menschen erheblich verbessert haben. Für das Girokonto für Alle habe ich mich schon als Bürgerschaftsabgeordnete eingesetzt.

Ich habe außerdem an der Reform der Betriebsrente mitgewirkt und da geht es auch wieder darum, dass es für Menschen, die viel Geld haben, bereits gute Angebote gibt, gerade in der Niedrigzinsphase – aber wir als Sozialdemokrat*innen wollen ja auch, dass Menschen, die mit wenig Geld fürs Alter vorsorgen, was davon haben.

Morgenrot: Was war dein wichtigstes Projekt bisher und welches wird es nach der Wahl sein?

Sarah: Das wichtigste Projekt, über das ich mich auch am meisten persönlich gefreut habe, war schon das Girokonto für Alle. Das war ein ganz, ganz harter Kampf, für den ich mich auch fünf Jahre eingesetzt habe und dass wir das diese Legislaturperiode im Bundestag umgesetzt haben, finde ich, eine große

Leistung. Denn ohne Konto kriegt man heute in Deutschland nur schwer eine Wohnung, nur schwer einen Job. Das Leben ist ganz schön teuer, weil man zum Beispiel auf Prepaid-Tarife beim Handy angewiesen ist, weil man keinen Telefonvertrag kriegt.

In der nächsten Legislaturperiode wäre für mich auch im Bereich Verbraucher*innenschutz wichtig, dass wir das Thema Musterfeststellungsklage durch kriegen, damit Verbraucher*innen eine einfachere Möglichkeit haben, ihre Rechte auch gegenüber großen Konzernen durchzusetzen. Außerdem finde ich es wichtig, im Bereich der Regulierungen mehr darauf zu achten, dass Verbraucherinnen und Verbraucher vor unseriösen Finanzprodukten geschützt werden. Außerhalb meiner Ausschüsse ist mir das Thema der Abschaffung von sachgrundlosen Befristungen und das Zurückdrängen von Leih- und Zeitarbeit ein Anliegen, weil das gerade junge Menschen stark betrifft.

Morgenrot: Wo glaubst du, drückt bei jungen Menschen am meisten der Schuh?

Sarah: Ich finde bei jungen Menschen ist Chancengerechtigkeit oder Chancengleichheit immer noch ein Thema. Wenn man sich anguckt, wer heutzutage studiert, dann sieht man, dass es immer noch die Kinder von Eltern sind, die selbst studiert haben. Das ist ein ganz großes Thema, bei dem es auch darum geht, das BAföG anzupassen, und dass auch die Einkommensgrenzen der Eltern angehoben werden. Gleichzeitig ist aber auch Ausbildung ein Thema. Die gute Konjunktur sorgt dafür, dass wir mehr Ausbildungsplätze haben, aber Jugendliche brauchen auch ein auswahlfähiges Angebot. Und auch hier ist häufig die Frage der Finanzierung ein Thema – also eine bessere Ausbildungsvergütung fände ich wichtig. Und dann brauchen wir eine höhere Sensibilität dafür, was eigentlich unsichere Beschäftigungsverhältnisse mit der Lebensplanung von jungen Leuten machen. Wenn ich in meinem Freundeskreis Menschen habe, die mit Mitte 30 mit ihre*m Lebenspartner*in noch nie in einer Stadt gelebt haben, weil die immer nur befristete Jobs haben, dann schränkt das die Zukunftsmöglichkeiten von jungen Leuten schon sehr stark ein. Da müssen wir ran, wenn wir wollen, dass die Leute auch weiterhin optimistisch in die Zukunft schauen.

Morgenrot: Warum sollten sich Jugendliche

in der Politik engagieren und was kann man als junger Mensch überhaupt erreichen?

Sarah: Ich finde, dass man sich unabhängig vom Alter engagieren sollte, um einfach seine Interessen zu artikulieren. Ich finde auch, dass die Stimme der jungen Generation zu selten Gehör findet, weil sich auch zu wenig junge Leute in Parteien engagieren. Es ist natürlich immer gut, wenn man sich auch außerhalb von Parteien engagiert aber letztendlich sind wir eine Parteiendemokratie und da werden die Entscheidungen getroffen. Deswegen ist es wichtig, dass junge Menschen da auch sichtbar sind. Es gibt genug Anliegen, die uns besonders betreffen. Diese ganze Frage um den Investitionsstau. Wenn ich höre, wir dürfen uns nicht auf Kosten der jungen Generation verschulden, dann sag ich immer, man kann sich auch verschulden, wenn man Investitionen nicht tätigt. Am Ende muss das irgendwer bezahlen und das sind dann die Leute, die heute jung sind.

Man kann schon viel erreichen als junger Mensch in der Politik. Nun wird nicht jede*r so wie ich am Ende Bundestagsabgeordnete, aber an entscheidenden Positionen mit zu sitzen und den Kurs einer Partei mitzubestimmen, das ist schon Einfluss, den man haben kann. Und sich Gehör zu verschaffen für Anliegen der eigenen Generation und für seine eigenen Interessen. Wenn man sich anguckt, wie der Altersdurchschnitt in den Parteien ist, dann wollen die meisten gerne junge Mitglieder haben und in der SPD ist es dann schnell so, dass man eine Position hat, in der man auch mitentscheiden kann.

Morgenrot: Was machst du so, wenn du gerade keine Politik machst?

Sarah: Wenn ich keine Politik mache, dann treffe ich mich gerne mit Freund*innen, für die bleibt leider häufig ein bisschen wenig Zeit. Ich mache dann auch gerne was mit meinem Freund, ich koche sehr gerne. Ich lese auch, durchaus mal was politisches, aber auch sehr gerne Romane. Ich treibe Sport und ich fahre sehr gerne in Urlaub. Insbesondere für die Zeit nach der Wahl muss ich noch mal gucken, vielleicht fahre ich da für ein paar Tage weg. Ich würde gerne noch mal Wellen reiten gehen, das habe ich lange nicht mehr gemacht. Da fällt mir genug ein, das man auch jenseits der Politik machen kann. (hl)

Sozialismus & Antifaschismus oder: »Warum die AfD keine Alternative ist«



Die Welt ist aus den Fugen. Die Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen nimmt immer weiter zu und Donald Trump wird Präsident der USA. Millionen Menschen fliehen vor Krieg und Armut, Flüchtlingsheime brennen und Großbritannien verlässt die EU. Anschläge des sogenannten »IS« erschüttern Europa und in der Türkei schafft Erdogan die Demokratie ab. Deutschland war nie so reich wie heute und trotzdem müssen Menschen zur Tafel gehen. Konzerne machen Milliardengewinne und trotzdem werden Beschäftigte entlassen. Es gibt genug Nahrungsmittel für weitere fünf Milliarden Menschen und trotzdem verhungern Tausende. Es gibt offensichtlich viele Gründe für Kritik. Momentan stärkt die Unzufriedenheit der Menschen in Europa vor allem rechtsradikale und faschistische Parteien, die als »anders« als der Rest wahrgenommen werden. Auch in Deutschland sind wir mit der »Alternative für Deutschland« (AfD) von diesem Rechtsruck nicht verschont geblieben.

Für viele Linke waren deren Wahlerfolge ein Schock, denn klar ist: Die Ungerechtigkeit in der Welt ist nicht vom Himmel gefallen, sie ist das Ergebnis unseres Wirtschaftssystems, des Kapitalismus. Der Kapitalismus lebt davon, dass einige wenige sich auf ihrem Reichtum ausruhen können, während der Großteil der Menschen nichts besitzt und Lohnarbeiten gehen muss, um zu überleben. Ein Grundprinzip gilt unverändert: Es kann nicht nur Gewinner geben. Im Gegenteil, Reiche gibt es nur deswegen, weil es eben auch Arme gibt. Das ist auf globaler Ebene nicht anders. Den hohen Lebensstandard in Deutschland haben wir uns nicht erarbeitet, sondern er baut darauf

auf, dass die Menschen im Globalen Süden als billige Arbeitskräfte ausgenutzt werden. Während der Großteil der Weltbevölkerung darum betteln muss, zumindest einen Krümel vom Kuchen abzubekommen, können sich die Besitzer*innen der Bäckerei entspannt zurücklehnen.

Es ist nicht nur verständlich, sondern natürlich, das ungerecht zu finden. Aber kann eine Partei wie die AfD das Problem lösen? Natürlich nicht! Die AfD bietet einfache Lösungen: Grenzen dicht, Ausländer raus, raus aus dem Euro. Aber der Zustand der Welt ist kein Betriebsunfall. Ausbeutung und permanente Krisen sind im Kapitalismus der Normalzustand. Die AfD sucht hierfür Sündenböcke (wahlweise »die Ausländer«, »die Medien« oder »die Muslime«), die man für alles verantwortlich machen kann. Aber so wird kein einziges Problem gelöst. Denkt wirklich jemand, die Probleme der Welt verschwinden, wenn wir nur die Mauern hoch genug bauen? Wie sollen denn weniger Steuern für Reiche und eine Abschaffung des Mindestlohns die Ungleichheit beseitigen? Gar nicht, denn das ist nie das Ziel der AfD gewesen, die nur die Interessen der Besserverdienenden vertritt.

Unsere Alternative heißt Solidarität!

Das Problem sind nicht »die Ausländer«, sondern ein System, das die Mehrheit der Menschen zu Verlierer*innen macht. Es bringt nichts, diese Menschen durch Zäune aussperren zu wollen oder mit Hartz 4 ruhigzustellen. Wir wollen eine Welt, in der es gar keine Verlierer*innen mehr gibt! Nicht Ausgrenzung ist

die Lösung, sondern Zusammenhalt! Nur so können wir eine Gesellschaft schaffen, in der alle genug haben, in der niemand ausgegrenzt wird und alle die gleichen Chancen haben. Das heißt nicht, dass alle das Gleiche besitzen müssen. Aber ob ich beispielsweise studiere, sollte nur davon abhängen, ob ich das möchte. Und nicht von meiner Hautfarbe, der Sprache meiner Eltern, meinem Geschlecht, meinem Glauben, dem Viertel aus dem ich komme oder dem Einkommen meiner Familie.

Natürlich muss den Parolen der AfD widersprochen werden. Und natürlich ist es unerträglich, wenn Neonazis durch unsere Städte marschieren. Wir werden immer an der Seite derer stehen, die sich dem gesellschaftlichen Rechtsruck – in Form von Pegida, AfD, NPD und wie sie alle heißen – entgegenstellen. Aber das reicht nicht! Die AfD aus dem Bundestag fernzuhalten bedeutet nur, das Schlimmste zu verhindern. Unsere Vision ist aber eine andere: Eine Gesellschaft, in der niemand Parteien wie die AfD braucht!

Und damit sind wir nicht alleine: Die Proteste gegen die Freihandelsabkommen TTIP und CETA haben gezeigt, dass immer mehr

Menschen keine Lust mehr auf dieses Wirtschaftssystem haben. Wieso sollen Unternehmen eigentlich einzelnen Menschen gehören und nicht den Beschäftigten? Wieso wird dem Profit alles untergeordnet? Wieso haben Menschen nicht unabhängig von ihrem Geldbeutel Zugang zum öffentlichen Nahverkehr, zu Energie und Gesundheitsversorgung? Wieso wird der Klimawandel nicht entschieden bekämpft? Bernie Sanders in den USA und Jeremy Corbyn in Großbritannien haben es seit Jahrzehnten wieder geschafft, junge Menschen für eine andere Politik zu begeistern. Für Frieden, Gerechtigkeit und Solidarität. Für das, was wir demokratischen Sozialismus nennen. Eine andere Welt ist möglich und sie ist nötiger als jemals zuvor! (mk)

Was heißt das für uns in der Praxis?

- Antrag »Rechtsterrorismus konsequent benennen« → <http://bit.ly/2vOGf6w>
- Antrag »Solidarität mit linken Ultras« → <http://bit.ly/2vYiIKE>
- Aktiv im Bündnis »Aufstehen gegen Rassismus«

Warum das Recht auf Asyl nicht demokratisch abgeschafft werden kann

Die Alternative für Deutschland hat in den letzten Jahren einige Wahlerfolge feiern dürfen. Davon war jeder einzelne zu viel. Währenddessen hieß es in den Medien, das sei wie eine Volksabstimmung gegen unser bisheriges Asylsystem. Mal ganz davon abgesehen, dass in einer Volksabstimmung eine absolute Mehrheit entscheidet, von der die AfD meilenweit entfernt ist, ist das Grundrecht auf Asyl nicht etwas, das von den Bürger*innen eines Staates einfach abgeschafft werden kann. Schon im Grundgesetz genießt das Recht auf Asyl einen besonderen Schutz. Es gehört zu den Grundrechten, die auch mit einer zwei-Drittel Mehrheit nicht geändert werden kann. Ausformuliert findet man das Recht in Artikel 16a des Grundgesetzes. Aber schon in Artikel 1 Abs. 2 steht ein klares Bekenntnis zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten. Die bekannteste Formulierung dieser Rechte ist

wohl die UN-Menschenrechts-Charta. Darin wird das Recht auf Asyl festgeschrieben.

Menschenrechte sind Rechte, die jeder Mensch einfach durch sein*ihre Menschsein hat. Es gehört zur Definition des Begriffes »Mensch«, dass sie oder er handlungsfähig ist. Die Menschenrechte sorgen dafür, dass Menschen handlungsfähig bleiben, sie sollen vor Tod, Folter, Verstümmelung und Verfolgung schützen. Der Mensch soll Subjekt in ihrem oder seinem Leben bleiben können.

Natürlich muss man manchmal Rechte und Interessen gegeneinander aufwiegen und kein Land der Erde hat sie bis jetzt perfekt umgesetzt. Aber niemand kann Grundlos Menschen das Recht auf Asyl verwehren und sich dabei nur auf eine (in diesem Fall noch fiktive) Mehrheit berufen. Das Menschenrecht wirkt auf einer höheren Ebene. (hl)

Zukunft gibt es nicht für lau!



Ein kleines Experiment: man frage sich, was in Deutschland schief läuft. Dann schaue man sich eine Woche lang jeden Tag den Zustand einer Schule an. Und direkt danach den Zustand eines Bankgebäudes. Und die Frage ist beantwortet.

Aktuell gucken wir von Bremen bis Dresden dabei zu, wie unsere Schulen verkommen. Wie unsere Straßen zerbröckeln. Wie auf dem Land die Krankenhäuser geschlossen werden und in der Stadt die Freizis. Die »Brökelrepublik Deutschland«. Wer heute zur Schule geht, oder zur Uni, für den ist das schon normal. Dabei leben wir doch in einem der reichsten Länder der Erde. Wie passt das zusammen?

Die Misere ist kein göttliches Schicksal. Sie ist menschengemacht und kann von Menschen verändert werden. Ein Beispiel: In den 70ern wurden in Deutschland neue Unis aus dem Boden gestampft, auch die Uni Bremen. Neue Schulgebäude wurden errichtet, eine Generation von Arbeiterkindern eroberte die Hochschulen und schaffte den sozialen Aufstieg.

Heute ist es damit vorbei. In kaum einem Land ist das Schulsystem so sozial ungerecht wie in Deutschland. Die einst moderne Ausstattung der Schulen in den 70ern – sie ist oft auch heute noch aus den 70ern. Oder noch älter und abbaureif. Ist es nicht höchste Zeit, wieder eine Investitionsoffensive zu starten?

Gegenwärtig gibt es dafür in Deutschland keine Mehrheit. In der aktuellen Bundesregierung konnte die SPD kleinere Investitionspakete für finanzschwache Kommunen schnüren. Aber mehr war nicht drin. Demokratie funktioniert über Mehrheiten. Und die hat die SPD im Bundestag noch nicht.

Stattdessen regiert die »schwarze Null«. Was ist die schwarze Null? Oder wer? Manche meinen,

die schwarze Null, das ist Wolfgang Schäuble. Er selbst würde das sicher ganz anders sehen. Der amtierende Bundesfinanzminister mit dem schwarzen Parteibuch hat sich vielmehr einen Leitspruch ausgewählt: Der Staat soll gezwungen sein, Überschüsse auszuweisen. Also in der Fachsprache von Kaufleuten eine »schwarze Null«. Das klingt erst mal gut, wer hat nicht gern Überschüsse? Nur ist die Frage, wie sie zustande kommen.

Die Überschüsse kommen nicht etwa aus besseren Einnahmen. Wolfgang Schäuble, Europas mächtigster Finanzminister, könnte etwa gegen Steuerbetrug und Steuervermeidung großer Firmen in Europa vorgehen. Tut er aber nicht. Er könnte reiche Erben gerecht heranziehen. Dagegen hat er sich erfolgreich gewehrt. Er könnte Börsenspekulationen besteuern wie in Großbritannien. Tut er auch nicht.

Stattdessen wird einseitig die Aufnahme neuer Schulden verboten. Auch das klingt erst mal nicht schlecht, aber damit schnappt die Falle zu. Wenn der Staat jetzt in (Berufs-)Schulen investieren will, in Unis oder in die Mobilität der Zukunft, hat er ein Problem. Denn obwohl sich Bildung in der Zukunft um ein Vielfaches auszahlt, darf der Staat keine Kredite mehr dafür aufnehmen. Obwohl Zinsen derzeit praktisch bei Null sind. Und genügend Einnahmen aus gerechten Steuern hat er auch nicht. So viel zum Gerede von der »Generationengerechtigkeit«.

Konnten unsere Eltern sich noch auf gute staatliche Leistungen verlassen, sitzen wir heute im Hörsaal auf den Treppen. In Südeuropa ist diese Politik noch weit krasser. In Spanien nennt man die Jüngeren nur noch die »verlorene Generation«. In Griechenland sorgen

Kürzungen im Gesundheitssystem sogar für mehr Tote. »Was der Markt erbringt, ist auch gerecht« heißt es von den Marktradikalen. Eine zynische Haltung.

Private verdienen sich an dieser Politik dumm und dämlich. In Griechenland verkauft die Regierung – auf Druck von Schäuble – ihre Flughäfen, um auf die »schwarze Null« zu kommen. Verkaufen muss sie aber ausschließlich die, die Gewinne machen. Die Flughäfen, die Miese machen, soll der Staat behalten! Die Kumpels der Marktradikalen verdienen sich eine goldene Nase. Auf Kosten der Allgemeinheit. In Deutschland versuchte Schäuble, Banken und Versicherungen eine Beteiligung an

den Autobahnen zu verschaffen. Wir stehen kurz davor, dass die jetzt Jungen später dreifach zahlen müssen: wir erhalten heute eine mäßige Bildung, wir erben die kaputten Gebäude und die höheren Zinsen der Zukunft.

Die SPD will dem mit einer Investitionsoffensive begegnen. Martin Schulz hat in seinem Zukunftsplan sogar vorgeschlagen, den Staat zu Investitionen zu verpflichten: »Was ist uns eigentlich wichtiger? Steuergeschenke an Reiche zu verteilen oder dafür zu sorgen, dass es in der Schule nicht durchs Dach regnet und unsere Kinder dort auf die Toilette gehen können?« Das wäre doch schon mal ein Anfang. Denn Zukunft gibt es nicht für lau! (fw)

#gerecht ist: Eine offene und tolerante Gesellschaft

Unter dem Begriff Integration versteht man den Einbezug von bisher aus gewissen sozialen Bereichen ausgeschlossenen Menschen und Gruppen. Jede fünfte Person in Deutschland hat einen Migrationshintergrund. Das bedeutet, dass jede fünfte Person eine zusätzliche Sprache, Geschichte und Kultur in die Gesellschaft einbringt.

Doch wie gehen Menschen mit diesem »Plus« an gesellschaftlichem Reichtum um? Zum einen stößt es auf Neugier, Toleranz, Offenheit und Akzeptanz, zum anderen auf Verschlussenheit, Intoleranz, Angst und sogar Wut. Die Verschlussenheit ist dabei nicht immer einseitig: Auch Menschen mit Migrationshintergrund verschließen sich zum Teil dem gesellschaftlichen Leben, das keinen Bezug zum Heimatsort aufweist. Die Wurzel dieses Problem liegt in der »Angst vor dem Neuen und Ungewohnten«.

Intoleranz und Rassismus werden nicht angeboren. Sie werden erlernt. Dem Schulsystem kommt daher eine wichtige Aufgabe zu. Integration bedeutet nicht nur die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in die deutsche Gesellschaft. Es bedeutet auch, dass Menschen ohne Migrationshintergrund offen und tolerant mit Menschen umgehen, die nicht die gleiche Hautfarbe, Religion und Herkunft wie sie haben. Es bedeutet, dass beide Seiten aufeinander zugehen und aufhören, sich an ihren Traditionen festzuklammern und andere abzulehnen.

Deutschland ist ein Zuwanderungsland. Die Vergangenheit lehrt uns, dass Themen, die jetzt ignoriert werden, in 40 Jahren zu gesellschaftlichen Problemen werden können. Schon in den 50ern sind die ersten Gastarbeiter, z. B. aus Italien und der Türkei, nach Deutschland gekommen. Aus Gastarbeitern wurden Menschen, die dauerhaft in Deutschland leben blieben. Trotzdem erlernten viele Gastarbeiter die deutsche Sprache kaum. Ein großer Teil ihrer Nachfahren lebt heute »unter sich«. Sie fühlen sich von der Gesellschaft ausgegrenzt und von der Politik ignoriert. Sie besitzen kein Wahlrecht, auch wenn Sie hier geboren wurden und können nicht mitbestimmen.

Der Politik kommt die enorme Aufgabe zu, die Fehler der Vergangenheit nicht zu wiederholen. Es müssen soziale Barrieren abgebaut, die Bildung gefördert und die Chancengleichheit verstärkt werden. Die Herkunft der Eltern, sei es aus wirtschaftlicher oder ethnischer Hinsicht, darf nicht über die Zukunft eines Kindes entscheiden. Wir haben nun die Chance, die Fehler aus der Vergangenheit nicht zu wiederholen und ein freies demokratisches, friedliches und kultureiches Deutschland aufzubauen. (td)

Was heißt das für uns in der Praxis?

- Antrag »Humanes Bleiberecht«
→ <http://bit.ly/2vs3pyN>

#gerecht ist: Wenn Deine Wohnung mehr Quadratmeter hat als ein Dixiklo!



Seit einigen Jahren steigen die Mieten in den Städten weiter stark an, sodass nicht jede*r sich dort bezahlbaren Wohnraum leisten kann, wo er oder sie möchte. Entweder bedeutet dies Wegzug oder Wohnen auf wenigen Quadratmetern wie in einem Dixiklo.

Das ist nicht gerecht, denn alle Menschen müssen sich eine eigene Wohnung oder ein angemessen großes WG-Zimmer leisten können, weil Freiräume zu einem guten Leben dazugehören – und Wohnen bezahlbar bleiben muss.

Wie soll das funktionieren? Um gerade in den Städten der steigenden Nachfrage gerecht zu werden, muss der soziale Wohnungsbau weiter deutlich ausgebaut werden. Außerdem sollen Wohnungen, die zu städtischen Wohnungsbaugesellschaften gehören, nicht verkauft werden, sondern weiterhin öffentliches Eigentum bleiben. So bleiben diese auch bezahlbar. Darüber hinaus sind Wohnheime für Studierende und Auszubildende mit bezahlbaren Mieten gefragt und entlasten den allgemeinen Wohnungsmarkt. Daher ist dieses Angebot durch öffentliche und damit bezahlbare Wohnheimplätze weiter auszubauen.

Auch die Verbesserung der Mietpreisbremse und eine höhere Verbindlichkeit von Mietspiegeln in den einzelnen Städten führt zu

mehr Transparenz für Mieter*innen und stärkt ihre Stellung bei der Vermietung von Wohnungen. Auch sollen Mieter*innen zuviel gezahlte Miete zurückverlangen, wenn sich herausstellt, dass bei der Vermietung mehr Geld als zulässig verlangt wurde. Da zum anderen auch falsche Angaben im Mietvertrag zur Wohnfläche zu überhöhten Mieten führen können, soll hier gesetzlich geregelt werden, dass allein die tatsächliche Wohnfläche über die Höhe der Miete entscheidet.

Die Modernisierung von Wohnungen führt zu weniger Heizkosten. Allerdings holen sich die Vermieter*innen oft die Kosten für die Modernisierung über eine Erhöhung der Kaltmiete zurück. Dies soll auf einen bestimmten Anteil begrenzt werden, damit die Modernisierung nicht einseitig zu Lasten der Mieter*innen ausfällt.

Nur so können wir es langfristig schaffen, dass die eigenen vier Wände – ob in WG oder Wohnung – mehr Quadratmeter als ein Dixiklo haben und bezahlbar bleiben! (jh)

Was heißt das für uns in der Praxis?

- Antrag »Preisgünstiger Wohnraum«
→ <http://bit.ly/2uPqjfy>

Nachhaltigkeit



Obwohl Donald Trump den Klimawandel leugnet, ist klar, dass der Zustand der Umwelt miserabel ist. Der Regenwald wird immer kleiner und täglich sterben bis zu 120 Tier- und Pflanzenarten aus. Es ist offensichtlich, dass Städte wie Bremen und Bremerhaven bei steigendem Meeresspiegel ein großes Problem bekommen. Wieso das Ganze? Immerhin hat der Mensch hunderttausende Jahre auf der Erde gelebt, ohne dabei vergleichbare Probleme zu haben. Offensichtlich liegt die Ursache in der Art wie wir leben und einem Wirtschaftssystem, dem Mensch und Natur völlig egal sind. Es wird sich darin etwas grundlegend ändern müssen, wenn wir eine nachhaltige Gesellschaft schaffen wollen.

Nachhaltigkeit bedeutet aber nicht nur, dass wir kommenden Generationen einen bewohnbaren Planeten hinterlassen wollen. Nachhaltigkeit bedeutet auch globale Gerechtigkeit für jetzt lebende Menschen. Bodenschätze zu Billigpreisen aus z. B. Afrika zu importieren und dafür im Gegenzug giftigen Elektroschrott zurückzuschicken ist weder nachhaltig noch fair.

Gleichzeitig werden fossile Energieträger wie Kohle oder Erdöl nicht nur immer seltener, sondern zerstören auch die Atmosphäre. Deswegen kann Energie in Zukunft nur regenerativ erzeugt werden. Zum Beispiel mit Wasserkraft oder Sonnenenergie. Windkraft ist bereits heute ein wichtiger Arbeitgeber in Bremen!

Außerdem liegen wir falsch, wenn wir den-

ken, Wirtschaftswachstum wäre das gleiche wie Wohlstand. Einen Arbeitsplatz und eine Wohnung zu haben, gute Freunde, Gesundheit, Ruhe, Kultur – Glück ist viel mehr als Profit für Konzerne!

Das alles heißt nicht, dass in Zukunft jeder im Wald leben soll und kein Fleisch mehr essen darf. Eher werden in Städten Busse und Bahnen zunehmend an die Stelle von Privatautos treten. Regionale Produkte, weniger Verschwendung und bewussterer Konsum schaffen mehr Nachhaltigkeit im persönlichen Leben. Und für das große Ganze werden Unternehmen grundlegend umgebaut, damit sich nicht Menschen und Natur an die Wirtschaft anpassen, sondern umgekehrt die Wirtschaft an Mensch und Natur.

Es wird noch viel mehr und viel schneller passieren müssen, wenn Bremen nicht bald am (oder im) Meer liegen soll. Aber auch kleine Schritte wie mehr Grünflächen in Städten sind wichtig. Verantwortung beginnt bei jedem selbst! Hiermit befasst sich in Bremen zum Beispiel unser Arbeitskreis Nachhaltigkeit. (mk)

Was heißt das für uns in der Praxis?

- Antrag »Energiewende in Bremen«
- Antrag »Begrünte Dächer«
- Antrag »Vegetarische Verpflegung bei den Jusos«



Gegen die AfD



Fleißig am arbeiten



Beim Bundeskongress



In Berlin

**2016 und
2017 mit
den Jusos
Bremen**



Im Rathaus



**Mit Freund*innen aus
Bologna**



Landesmitgliederversammlung



kongress



Am 1. Mai



**Beim U-Boot-Bunker
Valentin**



haus



**Zu Gast in Israel und
Palästina**



Auf dem Weg nach Brüssel



2017



Beim G20-Gipfel



**Unterwegs für
Gleichberechtigung**

Gute Ausbildung und gute Arbeit für junge Menschen!



Unser Arbeitsmarkt steht im europäischen Vergleich momentan sehr gut da. Doch jungen Menschen kann er dennoch viele Nerven kosten, was vor allem mit der neoliberalen Politik der letzten 20 Jahre zusammenhängt. Junge Menschen sind fast immer diejenigen, die von ihrem Lohn in der Ausbildung nicht leben können, in maroden Berufsschulgebäuden lernen müssen und sich danach von Befristung zu Befristung hangeln. Damit muss Schluss sein!

Um jungen Menschen in der Berufsausbildung das Lernen zu erleichtern, wollen wir die Bedingungen an den Berufsschulen durch einen Berufsschulpakt besser machen. Dieser soll sowohl die personelle und materielle Ausstattung als auch den Zustand der entsprechenden Gebäude verbessern.

Damit es bald der Vergangenheit angehört, dass Azubis mit 300 Euro oder weniger nach Hause gehen, werden wir eine Mindestausbildungsvergütung in angemessener Höhe einführen.

Im Rahmen der seit langem notwendigen Überarbeitung des Berufsbildungsgesetzes werden wir uns für eine deutliche, bundesweite Verbesserung der Ausbildungsqualität einsetzen. Des Weiteren muss so dafür gesorgt werden, dass Azubis unabhängig von ihrem Alter an Berufsschultagen komplett freigestellt werden. Schließlich werden wir die Gebühren für Meisterkurse abschaffen. Auf dem Arbeitsmarkt selbst wollen wir verhindern, dass junge Menschen jahrelang keine Perspektive auf ein langfristig gesichertes Einkommen kriegen.

Deshalb wollen wir die sachgrundlose Befristung abschaffen. Darüber hinaus wollen wir die Anzahl an Sachgründen für Befristungen und die Möglichkeit, durch Kettenbefristungen einen befristeten Vertrag nach dem anderen auszustellen, einschränken.

Ein sehr wichtiges Thema für die Arbeitswelt der Zukunft ist die Digitalisierung. Diese hat zweifellos Vorteile, die von unserer Generation auch genutzt werden. Doch wie alles hat auch die Digitalisierung ihre Tücken. Darum wollen wir z. B für Arbeitnehmer*innen ein Recht auf Nicht-Erreichbarkeit schaffen und klare Regeln für Bereiche wie das Clickworking schaffen, in denen aktuell viele, gerade junge Menschen extrem ausgebeutet werden.

Viele junge Menschen, in der Realität fast immer junge Frauen, haben das Problem, dass sie nach einer Zeit, in der sie wegen Kindererziehung Teilzeit gearbeitet haben, nicht wieder zurück zur Vollzeit kommen. Last but not least ist uns deshalb, auch aus feministischer Perspektive, die Einführung eines Rückkehrrechts von Teilzeit zu Vollzeit wichtig. (di)

Was heißt das für uns in der Praxis?

- Antrag »Für mehr Rechte von Azubis«
→ <http://bit.ly/2vsiRuz>
- Antrag »Höherer Mindestlohn«
→ <http://bit.ly/2uPzHAD>
- Veranstaltung »Ausbildung & Arbeitswelten junger Menschen«

Unsere Bildung ist mehr wert!

Das deutsche Bildungssystem ist mit Sicherheit kein Synonym für das Wort »Gerechtigkeit«: In keinem anderen europäischen Land hängt die Zukunft eines Kindes so stark vom Elternhaus ab, wie in Deutschland. Wir Jusos fordern seit langem, dass sich etwas an diesem Missstand ändert – und auch im aktuellen SPD-Wahlprogramm finden sich Vorschläge, wie dieses Ziel zu erreichen ist.

Der Abbau von Zugangshürden sind dabei ebenso wie gesteigerte Investitionen die vielleicht wichtigsten Vorhaben, die in einer linken Bundesregierung verwirklicht werden sollen. Eine wichtige Maßnahme ist dabei zunächst die Schaffung einer allgemeinen Gebührenfreiheit im Bildungswesen: Die Kindertagesstätte, der Meisterlehrgang ebenso wie das Hochschulstudium sollen endlich kostenfrei werden und die bisherigen schulischen Ausbildungen etwa als Erzieher*in oder Altenpfleger*in als duale Ausbildungen sogar entlohnt werden. Um in allen Bereichen die bestmögliche Bildung zu ermöglichen, sollen gleichzeitig endlich die Möglichkeiten für höhere Investitionen ausgeschöpft, Gebäude und Ausstattung modernisiert und mehr Personal eingestellt werden. Hierfür muss das Kooperationsverbot, das eine finanzielle Beteiligung des Bundes an den meisten Vorhaben im Kompetenzbereich der Länder verbietet, nach der jüngsten Lockerung als nächstes komplett abgeschafft werden, damit der Bund direkt in Bildungsangebote investieren kann.

Zur Förderung von Chancengleichheit gehört außerdem eine Erhöhung des BAföG, das über einen langen Zeitraum nicht einmal inflationsausgleichend angehoben wurde. Nicht erst die jüngste Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks zeigt den großen Handlungsbedarf, den es in diesem Bereich gibt: Im Sommer 2016 erhielten lediglich 18 % der Studierenden BAföG, was auch ein Grund dafür sein dürfte, dass mittlerweile 68 % der Studierenden neben dem Studium arbeiten. Ein Ausbau des BAföG – nicht für Studis, sondern auch für Schüler*innen und Azubis ebenso wie für angehende Meister*innen – ist eine wichtige Voraussetzung dafür, dass junge Menschen ihre Ziele unabhängig vom Elternhaus erreichen können.

Auch die Finanzierungsweise im Hochschulbereich muss sich grundlegend wandeln: Unis und FHs brauchen endlich wieder eine vernünftige Grundfinanzierung, die sie unabhängiger von der Konkurrenz um sogenannte Drittmittel macht, die in den meisten Fällen von der staatlich getragenen Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) in aufwendigen Verfahren beantragt werden müssen – natürlich ohne Garantie, dass diese auch bewilligt werden. Gleichzeitig sind jedoch auch private Drittmittel äußerst kritikwürdig, da sie die Hochschulen potentiell in die Abhängigkeit von der Wirtschaft und deren Profitinteressen bringen. Nur durch eine solide Finanzierung durch die öffentliche Hand können die Hochschulen wieder ihrem Zweck von Forschung und Lehre in gesellschaftlicher Verantwortung gerecht werden.

Die Digitalisierung muss in Schulen und Hochschulen stärker berücksichtigt werden. Deutschland liegt hier im internationalen Vergleich nach wie vor zurück. Eine stärkere Verankerung im Unterricht spielt dabei nicht nur beim vielbeschworenen Schlagwort »Medienkompetenz« eine Rolle, sondern bezieht sich auch auf die allgemeine Förderung von Kenntnissen aus dem sog. MINT-Bereich. Insbesondere Frauen* müssen hier stärker gefördert werden, um die nach wie vor bestehende männliche Dominanz in technischen Berufen zu brechen und so für eine stärkere Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt zu sorgen. Ein faires Urheberrecht und eine Förderung von »Open Access« soll zudem einen freien Zugang zu wissenschaftlichen Veröffentlichungen sicherstellen.

Es gibt nach wie vor einiges zu tun gibt in der hiesigen Bildungspolitik. Umso wichtiger ist es für uns Jusos, dass die hier beschriebenen Vorhaben nach dem 24.09. endlich umgesetzt werden. Denn: **Unsere Bildung und unsere Zukunft sind mehr wert!** (jr)

Was heißt das für uns in der Praxis?

- Antrag »Hochschulen studierbar machen«
→ <http://bit.ly/2wvZOL>
- Beschluss »Unsere Bildung ist mehr wert!«
→ <http://bit.ly/2fAovVW>

Für ein grenzenloses Europa der Solidarität!



Die EU hat es heutzutage nicht leicht: Zum einen zerstöre sie die europäischen Nationen und unterjochte die Völker, zum anderen sei sie ein Lobbyisten-Moloch, ausschließlich den mächtigen Konzernen verschrieben und bloßes Instrument ihrer unheiligen Absichten. In beiden Fällen wird zur Rückkehr zum guten alten Nationalstaat aufgerufen und die Globalisierung solle einen doch bitte in Ruhe lassen. Hat ja früher auch gut geklappt. Schaut man sich um, scheinen solchen Thesen auf fruchtbaren Boden zu treffen. Ist die EU also dem Untergang geweiht?

Nicht wenn wir noch ein Wörtchen mitzureden haben! Wir sind in einem Europa aufgewachsen, das ausnahmsweise nicht durch Kriege zerrüttet wurde und wollen dieses Projekt nicht aufgeben, sondern es mitgestalten. Natürlich darf man nicht blauäugig sein, denn ohne Zweifel hat die EU ihre Fehler. Wie jedes politische System ist es nicht perfekt, umso stärker wenn 28 Nationalstaaten ihre Macht bewahren wollen. Aber dieses fehlerhafte System hat auch jede Menge Potential, dieses in den Wind zu schießen, wäre mehr als reaktionär. Seit den 60er-Jahren hat sich die Welt immer weiter vernetzt und es werden nicht nur Katzenbilder geteilt. Die Entscheidung eines Staates betrifft auch immer zwangsläufig einen anderen Staat und dies umso mehr in Europa, das besonders stark verbunden ist. Es ist deshalb nur logisch, dass man seine Handlungen aufeinander abstimmt. Denn sind alle Betroffenen an einer Entscheidung beteiligt, ist sie auch demokratischer. Jedoch darf es nicht an einer Öffentlichkeit fehlen, die der neuen Entscheidungsebene gegenübersteht und sie

kontrolliert. Hieran mangelt es offensichtlich noch in der EU, momentan taugt sie höchstens als Sündenbock für alle möglichen Probleme. Dadurch werden die Entscheidungen gefährlich intransparent und anfällig für fleißige Lobbyisten.

Also was tun? Die drängendsten Probleme können die Nationalstaaten nicht alleine lösen, die EU muss mit mehr Kompetenzen ausgestattet werden, um den krisengeschüttelten südeuropäischen Ländern effektiv zu helfen. Jedoch mangelt es noch an demokratischer Legitimation, um weitere fiskal- und finanzpolitische Kompetenzen zu übertragen. Ein richtiger Schritt wäre deswegen die Stärkung des EU-Parlamentes, das in Zukunft z.B. direkt die EU-Kommission (ab)wählen könnte. So hätten wir eine wirkliche parlamentarische Kontrolle der EU-Regierung, was eine gesamteuropäische kontrollierende Öffentlichkeit begünstigen würde. Danach bedarf es eines europäischen Konjunkturprogrammes, mit dem wir die südeuropäischen Länder unterstützen können, denn eine Gemeinschaft kann nur funktionieren, wenn man auch solidarisch füreinander eintritt. Gerade wir Bremer*innen sollten das wissen, Stichwort Länderfinanzausgleich. Auch beim Thema Flüchtlingshilfe müssen wir einen Weg finden, die südeuropäischen Länder zu entlasten und den Ankömmlingen ein gutes Leben zu bieten. Gemeinsam wollen wir ein faires Europa schaffen, in dem ein friedliches Miteinander und Wohlstand im Vordergrund stehen. Offene Grenzen sind schon ein Schritt in die richtige Richtung, aber da geht sicher noch mehr! (at)



Das Patriarchat. Es äußert sich in den Haufen der verstaubten Anzüge, die tagtäglich durch den Bundestag laufen, es äußert sich darin, dass Frauen* weniger Geld verdienen als Männer und auch darin, dass ihnen dafür immer noch die Schuld gegeben wird. Um einmal klarzustellen: Ja, die 21% Lohnungleichheit gelten nicht vollständig für die exakt gleiche Arbeit, da sind es etwa 8%. Es geht auch darum, dass Frauen* öfter in Teilzeit arbeiten und Berufsgruppen, in denen vorwiegend Frauen* arbeiten schlechter bezahlt werden, als solche, in denen vorwiegend Männer arbeiten. Das sind aber auch Ausformungen des Patriarchats. Und vergessen wir nicht die unbezahlte Arbeit. Frauen* arbeiten Rund zwei Drittel ihrer Zeit unbezahlt, Männer weniger als die Hälfte (Statistisches Bundesamt 2015)¹.

Die Entscheidungen, die Frauen* in ihrem Leben treffen, sind häufig beeinflusst von Zwängen und Anreizen von Außen. Da wären finanzielle Anreize dazu, die Kindererziehung einer Erwerbstätigkeit vorzuziehen, wie Ehegattensplitting oder Herdprämie. Aber auch alte Rollenbilder sind immer noch in der Gesellschaft verankert und wirken auf die Entscheidungsfreiheit von Frauen* ein. Sigmar Gabriel wird gefragt, ob er nicht seine Arbeit vernachlässigt, wenn er seine Tochter vom Kindergarten abholt, aber Frauen* müssen sich immer noch den Vorwurf der »Rabenmutter«² anhören. Viele gut ausgebildete Paare entscheiden sich dafür, dass ein Elternteil zumindest für die ersten Jahre der Kindererziehung zuhause bleibt

oder in Teilzeit arbeitet. Dabei wollen viele gar nicht in die typischen Rollenbilder verfallen, sondern ihre Entscheidung auf »vernünftiger« Basis treffen. Es soll einfach der oder diejenige zuhause bleiben, die weniger Geld verdient. Nun haben wir ja schon über das Gender-Pay-Gap geredet. Die Statistik sagt uns, dass es die Frau* sein wird, die ihre Arbeit reduziert oder aufgibt. Eine junge Frau*, die für ihr Leben planen möchte, wird feststellen, dass das Urteil über sie schon gesprochen wurde. Entweder Karriere oder Kinder. Wer sich dagegen auflehnt wird einige unnötige Anstrengung auf sich nehmen müssen. Und wer sich für Kinder entscheidet ist auf den Ehepartner angewiesen, ansonsten droht die Altersarmut.

Was kann die Politik dagegen tun? Die Gesellschaft zu verändern ist eine schwere Aufgabe und ganz sicher nicht allein für die Politik machbar. Aber es gibt Ansatzpunkte. Die Möglichkeit, über vergleichbare Gehälter informiert zu werden und damit die Information zu bekommen, dass man unterbezahlt wird, ist einer davon. Eine Reform des Steuerrechts die andere. In »Frauen*-Berufen« ist die Tarifbindung häufig schlecht. Hier können auch die Gewerkschaften zu einer besseren Situation beitragen. Natürlich muss auch der Staat als Arbeitgeber im öffentlichen Dienst mit guten Beispiel voran gehen. Zeiten der Kindererziehung bei der späteren Berechnung der Rentenhöhe zu berücksichtigen ist wichtig, um Frauen* Unabhängigkeit zu ermöglichen. (hl)

Was heißt das für uns in der Praxis?

- Tagessseminar »Grundlagen des Feminismus« in Bremerhaven

¹ https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2015/05/PD15_179_63931.html

² Siehe z. B. <http://www.tagesspiegel.de/politik/familienministerin-manuela-schweisig-zum-muttertag-ich-wurde-als-rabenmutter-und-egoistin-beschimpft/13564372.html>, und <http://www.gala.de/stars/news/verpatzter-kindergeburtstag-ist-madonna-eine-rabenmutter-21336684.html>

Zukunft – digital gedacht



»Digitalisierung« – immer noch ein Fremdwort? Leider war dies vor Kurzem noch der Fall. Jetzt endlich ist Digitalisierung in aller Munde, weil dies immer wichtiger wird und in allen Lebensbereichen zu finden ist: Sei es, dass es leichter ist, Termine beim Stadtamt zu bekommen oder Schuhe zu kaufen. Leider wurde die Digitalisierung verpennt: Im Bereich Digitalisierung ist die »Exportnation« eine Entwicklungsnation, sei es beim Ausbau von Netzinfrastruktur bis hin zu E-Government.

In den meisten Städten in Deutschland ist es jetzt möglich, Termine bei Behörden online zu buchen, wohingegen in anderen Ländern dies seit Jahren üblich ist. Dort lassen sich die meisten Behördenangelegenheiten bequem und jederzeit von zu Hause aus über das Internet erledigen. Wie Gerhard Schröder im Jahre 2000 einmal sagte »Die Daten, nicht die Bürger sollen laufen.« Dieses Ziel soll jetzt unter einer Regierung geführt von Martin Schulz erreicht werden. Mit der Digitalisierung wird es ermöglicht, offene Daten (*Open Data*) einzusetzen und hierdurch für mehr Transparenz zu sorgen. Diese Chance muss genutzt werden!

Wir hören tagtäglich den Begriff »Glasfaser-Internet«, der nicht viel mehr bedeutet als eine schnelle Internetleitung zu haben – was in Deutschland bei vielen Haushalten und in vielen Unternehmen nicht der Fall ist. Dies hat z. B. zur Folge, dass gewisse Arbeiten, die schnelle Down- und Uploads erfordern, verlangsamt werden. Dringende Infrastrukturmaßnahmen blieben bislang aus. Öffentliche Investitionen nach dem Motto »Breitband für alle« müssen forciert und der Netz-, Breitband-

und Mobilfunkausbau vorangetrieben werden, damit Deutschland endlich das digitale Zeitalter erreicht.

Auch in der Digitalisierung muss es gerecht zugehen! Sei es, wenn manche Parteien wieder wollen, dass die Gleichbehandlung bei der Datenübertragung im Internet und der diskriminierungsfreie Zugang zu Datennetzen abgeschafft werden soll oder es einfach darum geht, ob sich jede*r einen Internetzugang leisten kann. Dies kann nur erreicht werden, wenn die Regierung von der SPD geführt wird: Lasst uns alle am 24. September (analog) wählen und dadurch die Digitalisierung gerechter machen, damit jede*r davon etwas hat. (ac)

Ziele der SPD für die nächste Legislatur:

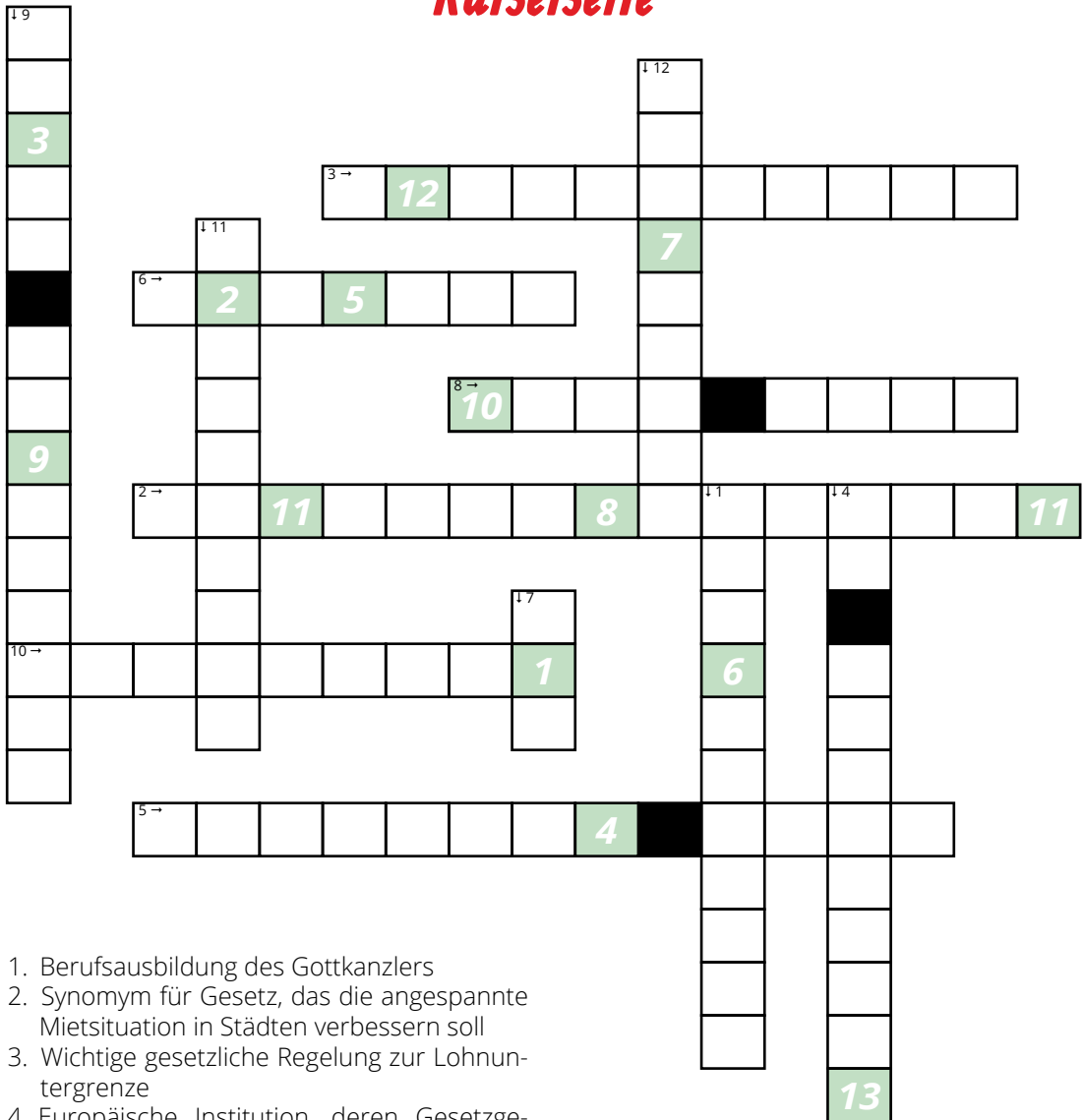
:

- Netzneutralität erhalten
- Offene und kostenfreie WLAN-Hotspots für alle öffentlichen Einrichtungen
- Digitalisierte Lernmaterialien und offene Bildungsinhalte frei zur Verfügung stellen und ausbauen
- »Breitband für alle« und »Glasfaser für alle« bis 2025
- Mehr Open-Source-Software in der Verwaltung
- Digitalisierung der Verwaltung (*Digitales Deutschlandportal*)

Was heißt das für uns in der Praxis?

- Antrag »Digitale Revolution«
→ <http://bit.ly/2hSjdkF>

Rätelseite



1. Berufsausbildung des Gottkanzlers
2. Synonym für Gesetz, das die angespannte Mietsituation in Städten verbessern soll
3. Wichtige gesetzliche Regelung zur Lohnuntergrenze
4. Europäische Institution, deren Gesetzgebungskompetenz wir stärken möchten
5. Grundsatz der ausgeglichenen Haushaltspolitik, der notwendige Investitionen verhindert
6. Ausdruck zur Solidaritätsbekundung mit Geflüchteten (engl.): *Refugees* ...
7. Abkürzung für einen Dachverband von Gewerkschaften in Deutschland
8. Einflussreichster Theoretiker des Sozialismus
9. SPD-Bundestagsabgeordnete für Bremen

10. Wer oder was fährt #ohnebremsen ins Kanzleramt?
11. Die radikale Theorie oder Annahme, dass Frauen* auch Menschen sind.
12. Bildung sollte ... sein

*Schick Deine Lösung bis zum 24. September an morgenrot@jusos-bremen.de und gewinne ein tolles Bücherpaket und weitere tolle Preise!
Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. (em)*

Lösungswort:

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----	----

#gerecht ist: Linke Politik von jungen Menschen für junge Menschen.

Dem Morgenrot entgegen!

Morgenrot ist das Verbandsmagazin der Jusos im Land Bremen. In regelmäßigen Abständen berichten wir hier über aktuelle politische Themen. Dabei fokussieren wir uns nicht allein auf Bremen und Bremerhaven, sondern auch haben auch den Bund und das Weltgeschehen im Blick.

In dieser Sonderausgabe zur Bundestagswahl haben wir mit MdB **Sarah Ryglewski** gesprochen, die den Wahlkreis Bremen I auch bei diesem Mal für die SPD holen will. In einem Interview hat sie uns Rede und Antwort gestanden und uns verraten, wie sie sich in der kommenden Legislaturperiode für junge Menschen einsetzen möchten.

In den weiteren Artikeln behandeln wir zahlreiche politische Themen, von Arbeit über Bildung, Antifaschismus und Nachhaltigkeit bis hin zu Europa. Dabei diskutieren wir die Probleme, die in der kommenden Legislatur anstehen werden, und die Lösungen, die das SPD-Wahlprogramm und wir Jusos vorschlagen.

In Bild und auch ein wenig Text berichten wir außerdem darüber, was wir als Verband in der letzten Zeit für Aktionen und Veranstaltungen auf die Beine stellen konnten.

Nicht zuletzt haben wir auch eine Rätselseite in das Heft integriert, auf der ihr ganz klassisch mit einem Kreuzworträtsel an einer Verlosung von tollen Preisen teilnehmen könnt!

Wir hoffen, dass euch diese **Morgenrot**-Ausgabe gefällt und wünschen euch viel Spaß beim Lesen!

Solidarische Grüße

Eure Jusos im Land Bremen

PS: **Am 24. September SPD wählen!**

Die **Morgenrot**-Redaktion sind:

Aftab Chand (ac), Tuğba Demir (tb), Janne Herzog (jh), David Ittekkot (di), Mirko Kruse (mk), Hilke Lüschen (hl), Eva Mahlert (em), Jan Romann (jr), Sebastian Schmutzler, Aaron Thatje (at) und Falk Wagner (fw).



Kontakt & Social Media:

- 🌐 www.jusos-bremen.de
- ✉ info@jusos-bremen.de
- 📘 facebook.com/jusosbremen
- 🐦 @jusosbremen
- 📷 @jusosbremen
- 📺 youtube.com/jusosbremen

Impressum:

Jusos in der SPD,
Landesorganisation Bremen
Oberstraße 39–43
28195 Bremen
V.i.S.d.P.: David Ittekkot, *Landesvorsitzender*
Gestaltung und Umsetzung: Jan Romann